



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Wolfgang Hauber, Robert Riedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Alexander König, Alfons Brandl, Jochen Kohler, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Hans Ritt, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Steffen Vogel, Martin Wagle CSU

Transportstrukturen weiterentwickeln – Step-Förderung fortführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Förderung privater Investoren zur Schaffung von zusätzlichen Lkw-Stellplätzen in der Nähe von Autobahnanschlussstellen zeitnah über das Jahr 2024 hinaus fortgeführt und so angepasst wird, dass auch weitere Um- und Neubaumaßnahmen unbürokratisch ermöglicht werden.

Begründung:

Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit der bayerischen und der Bundes-Bürger ist die Güterbeförderung mittels Lkws unverzichtbar. Sei es, weil viele Bereiche Deutschlands nicht mit der Schiene erschlossen sind, sei es, weil die Schieneninfrastruktur auf Grund von Modernisierungstau nicht in der Lage ist, den gestiegenen Anforderungen an den Schienengüter- und -personenverkehr gerecht zu werden. Deutschland hat massiven Aufholungsbedarf bei seinen bundesstaatlichen Infrastruktureinrichtungen. Hiervon ist auch Bayern massiv betroffen.

Nach Schätzungen fehlen an Autobahnen in Bayern mindestens 4 000 Lkw-Stellplätze. Der Bund muss über die Autobahn GmbH des Bundes im Sinne der Verkehrssicherheit so schnell wie möglich weitere Lkw-Stellplätze schaffen. Damit wird sowohl die Arbeitssicherheit der Fahrer gewährleistet, als auch die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer auf Autobahnen. Hier sollte die Verantwortungsbereitschaft privater Unternehmer durch adäquate Förderkulissen weiter animiert werden. Zu kurze Förderfristen bieten jedoch nicht die notwendige Planungssicherheit, die zur Umsetzung von Infrastruktureinrichtungen erforderlich ist.